



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltspiegel

Amerikas Ablehnung. Der gegen ihn entfesselte Sturm hat Lloyd George nicht zu stürzen vermocht. Die der Koalition abspenstig gewordenen Unionisten sind in ihrer großen Mehrheit durch Chamberlain, Balfour und Birkenhead wieder beruhigt worden. Nicht unwesentlich hat dabei hinter den Kulissen Northcliffe gegen den Ministerpräsidenten gewühlt. Der Zeitungskönig hat als Vorbereitung auf den kommenden Wahlfeldzug Amerika, den Fernen Osten und die auf seinem Wege liegenden Teile des britischen Weltreichs besucht. Wie er den englischen Konsulardienst als unzulänglich hingestellt hat, so hat er überall, in Indien, in Palästina oder in Ägypten an dem Verhalten der Regierung etwas auszusetzen gehabt. Wenn die Krise dieses Mal noch beschworen worden ist, so hängt das hauptsächlich damit zusammen, daß kein Nachfolger Lloyd Georges zu finden war. Ohne einen Parteienzusammenschluß irgendwelcher Art kann eine dauerhafte Regierung in England heute nicht bestehen. Wie Churchill ausführte, paßt das System der zwei Parteien in normale Verhältnisse, nicht aber in aufgeregte Zeiten wie die gegenwärtige. Lloyd George wollte sich nach der Beilegung des Konfliktes zur Erholung nach Wales zurückziehen. Der Schritt Lord Reading's, des Vizekönigs von Indien, auf Grund der Wünsche der indischen Muhammedaner eine Revision des Vertrages von Sebres im Sinne des nationalen Pakts der Türkei zu verlangen, darüber hinaus aber noch zu fordern, daß die Oberhoheit des Sultan-Khalifen über die Heiligen Stätten Mekka, Medina und dann wohl auch Jerusalem wiederhergestellt werde, und die Veröffentlichung hat den Rücktritt des Staatssekretärs für Indien Montagu zur Folge gehabt. Hier tritt der Gegensatz offen zutage, der zwischen den im India Office sitzenden Anglo-Indiern, den von Churchill vertretenen Verecktern des arabisch-islamischen Gedankens und der türkenfeindlichen Curzon'schen Politik besteht. Ein neuer, innerste Grundfragen des britischen Weltreichs berührender Weibungsherd ist geschaffen worden; die Stellung des Ministeriums kann dadurch wieder ernstlich erschüttert werden, wie überhaupt wohl die Tage Lloyd Georges gezählt sein dürften. Ob er sich nach Genua oder erst nach den Neuwahlen, deren Termin allein wegen der irischen Verhältnisse nicht bestimmbar ist, vom politischen Leben zurückziehen wird, ist allerdings noch nicht abzusehen.

Daß Genua ihm eine wesentliche Stärkung seiner innerpolitischen Lage bringen wird, ist kaum zu erwarten, nachdem Poincaré in Boulogne den Sieg davongetragen hat. Die Absage der Vereinigten Staaten, sich in Genua aktiv zu beteiligen, betont denn auch, daß die Ausschaltung der wesentlichsten Vorkragen Genua gerade den wirtschaftlichen Charakter raube. Die dortige Tagung wird zu einem politischen Instrument, genau wie es der Völkerbund geworden ist. Dafür, daß Frankreich die Vormacht in Europa bleibt, setzt sich Amerika mit seinen moralischen und wirtschaftlichen Hilfsmitteln nicht ein, ebenso wenig wie es in Genf mitwirkt. Eine vernichtendere Kritik kann an Genua nicht geübt werden. Auch Dr. Nathenau vermochte in seiner ersten größeren politischen Rede keine positiven Erwartungen für Genua auszusprechen, sondern begnügte sich mit dem Hinweis auf eine in ferner Zukunft vielleicht doch einmal mögliche Heranziehung Amerikas, des einzigen Landes, das über Kapital genug verfügt, um den alten Erdteil wieder in Gang zu bringen, aber in seiner praktischen Geschäftart keine Lust verspürt, Geld in ein Unternehmen zu stecken, das aussichtslos ist, so lange Frankreich im Sinne Poincarés die Hegemonie in Europa anstrebt.

Für den Beginn der Genueser Tagung ist der 10. April beibehalten worden. Italien hat hierauf Wert gelegt, denn das Kabinett Facta möchte diese Möglichkeit, Italien eine äußere Ehrung zu verschaffen, sich nicht entgehen lassen. Das auf keinen starken Füßen stehende Ministerium braucht eine Hebung seines Ansehens. Von französischer Seite wird versucht, Italien für die Pariser Politik einzufangen. Camille Barrère, der unter Briand abgehen wollte, ist in Rom wieder mehr denn je tätig. Daß die Volksstimmung ganz allgemein gegen Frankreich unfreundlich ist, entgeht diesem klugen Beobachter nicht, aber solche Stimmungen sind in Italien nichts Ungewohntes, und Barrère bemüht sich, in den Kreisen der berufsmäßigen Politiker für Frankreich zu werben. Die Ereignisse in Fiume, wo das Staatshaupt Zanella von Faschisten vertrieben worden ist, haben bei den Südslaven Erregung ausgelöst. In Belgrad findet unter serbischem Vorsitz die bisher wiederholt verschobene Vorbesprechung der Kleinen Entente statt, wobei zu beachten ist, daß Polen bei allen freundschaftlichen Worten für die Kleine Entente nicht in diese Kombination eintritt. Vielmehr bemüht es sich, auf Grund der finnisch-polnischen Annäherung sich an die Spitze eines eigenen Bundes der baltischen Staaten zu stellen. Das Fernbleiben von der Kleinen Entente beruht weniger auf Rücksichten auf Ungarn, als auf der Weigerung, sich der tschechischen Führung irgendwie unterzuordnen. Dem russischen Panlawismus, wie er

in den Jahren vor dem Weltkriege sich ausbreitete, setzten Warschau und Prag damals die Behauptung entgegen, die Führung des Slawentums gebühre den Polen und Tschechen, nicht den „rückständigen“ Russen. Venesch will darüber hinaus Prag zum Mittelpunkt ganz Zentraleuropas machen. Innerhalb der Kleinen Entente hat er Wettbewerber in den Südslaven, die von allen Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns die meiste Lebenskraft zu besitzen scheinen, und in den ihr Lateinertum hervorkehrenden Rumänen. Früher hat der Zar danach getrachtet, den Ausgleich zwischen den Balkanstaaten herbeizuführen. Er war bei aller gemeinsamen Gegnerschaft gegen die Türkei nicht zustande zu bringen. Heute versucht Frankreich mit großer Zähigkeit, Kleine Entente und Polen seinem politischen System einzufügen. Polen leidet unter einer Regierungskrise, bei der sich auch die Unzufriedenheit über die schlechte Finanzwirtschaft des Landes geltend macht, die aber in erster Linie politische Beweggründe hat. Ministerpräsident Bonikowski wollte Mittellitauen und Wilna in einer Form an Polen angliedern, die für die Politik des Anschlusses ganz Litauens und der Schaffung eines baltischen Bundes unter Führung von Warschau Raum läßt. Der unter Umgehung der litauischen Ansprüche zustande gekommene Wilnaer Landtag und die polnischen Nationaldemokraten verlangen die einfache Annexion Mittellitauens. Der wegen dieser Opposition zurückgetretene Bonikowski ist durch einen Schritt der verbündeten Mächte unterläßt worden, die gegen die Auffangung des Gebietes von Wilna Einspruch erhoben. Bei den vermorrenen polnischen Parteiverhältnissen bleibt die Lage unklar. Sehr beachtlich sind die in Polen allmählich auftauchenden Widerstände gegen die wirtschaftlichen Zugeständnisse an Frankreich, die mit dem französisch-polnischen Abkommen verbunden sind. Die Pariser Begeisterung der Polen ist nämlich nicht so groß, daß dem noleidenden Bundesgenossen ohne Pfänder, wie galizische Konzessionen, Mittel vorgeschossen werden.

In Frankreich ist man von dem Ergebnis der bisherigen Fühlungsversuche mit Moskau unbefriedigt. Allerlei Drohungen tauchen auf, darunter die, in Genua neben den Sowjets Vertreter des Emigrantentums zuzulassen. Auch die Türkei wird von Paris gegen Rußland ausgespielt, aber Mustafa Kemal hat unzweideutig zu verstehen gegeben, daß er das gute Verhältnis der Türkei zu Rußland, das freundschaftliche Beziehungen zu anderen, den nationalen Pakt anerkennenden Mächten keineswegs ausschließt, für den Angelpunkt der osmanischen Politik ansieht. In Rußland sieht man, trotz des unleugbaren Bedürfnisses, in wirtschaftlichen Austausch mit der übrigen Welt zu treten, diesen Treibereien mit Gelassenheit zu, wie überhaupt Genua in Moskau mit Skepsis beobachtet wird. Amtlich ablehnend verhalten sich gegen die Bolschewisten neben Frankreich Japan und Amerika. Japan, das eine Ausdehnung der russischen Macht nach dem Stillen Ozean zu verhindern möchte, ist jedoch bereit, mit einem nicht gefährlichen Rußland in Wirtschaftsverkehr zu treten. Amerika verlangt von den Sowjets Garantien dafür, daß etwaige Hilfen nicht nur einer ausbleibenden Minderheit zugute kommen, aber behält sich trotzdem privatim alle Anknüpfungsmöglichkeiten offen.

Im amerikanischen Senat ist das Viermächteabkommen von Washington auf Widerstände gestoßen, die mit China zusammenhängen. Bemerkenswert ist dabei eine aus Frankreich kommende Stimme, wonach die Marinevereinbarung von Washington für Frankreich insofern eine Gefahr bedeutet, als die Republik etwa durch eine italienisch-spanische Abmachung im Mittelmeer majorisiert werden könne. Spanien gegenüber, wo ein gemäßigt konservatives Ministerium Sanchez Guerra die Maura'sche Koalition ersetzt hat, haben die französischen Vorschläge nichts vermocht. In Marokko denkt Madrid seine geschichtlichen Errungenschaften nicht aufzugeben und hält seine Anwartschaft auf Tanger aufrecht.

Dem englischen Vorschlag gemäß, neben der Reparationskommission eine Beteiligung der Regierungen zur Regelung der Entschädigungsfrage vorzusehen, haben sich die verbündeten Finanzminister in Paris vereinigt. Die deutschen Staatssekretäre Bergmann und von Simson waren im Zusammenhang mit dieser Konferenz in London. Frankreich hat sich bemüht, die Entschädigung für die Saarbergwerke wie die Besatzungskosten, die auf die deutsche Reparation verrechnet werden sollten, als gesonderte Ansprüche aufrechtzuerhalten, ist aber hinsichtlich der Saarminen nicht durchgedrungen. Von den 720 Millionen Barzahlung und 1450 Millionen Sachleistungen gedenkt man nicht abzusehen. Irgend eine Aussicht auf eine grundlegende Regelung, selbst für 1922, besteht also nicht, dagegen ist ein über Prag kommender Wind beachtenswert, Deutschland könne von Frankreich unmittelbar vielleicht mehr als von der Finanzministerkonferenz und der Reparationskommission erlangen. Nach den Erfahrungen von Wiesbaden, die eine Erkaltung des englischen und italienischen Interesses an Deutschland herbeigeführt haben, wird diese Sondierung hoffentlich erfolglos bleiben.

O. G. von Wesendonk